

**Die Linke**

**Mehr Druck  
für soziale  
Gerechtigkeit**  
– hier und in  
Europa

[nurmitlinks.de](http://nurmitlinks.de)



# Mehr Druck für soziale Gerechtigkeit – hier und in Europa

Die Linke will eine EU, die den Alltag der Menschen verbessert.	2
1. Armut abschaffen – Mindeststeuer für Superreiche	3
2. Die Preis deckeln, Übergewinne wegbesteuern	4
3. Gute Arbeit, die den Wohlstand der Vielen stärkt, nicht die Dividenden von Wenigen	4
4. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken – Privatisierung ist Diebstahl	5
Mehr als ein Papiertiger: Das Recht auf Wohnen	5
Keine Profite auf Kosten von Gesundheit und Pflege	6
Wir wollen den Alltag in den Kommunen verbessern – für alle	6
5. Alternativen zur fossilen Mobilität und das Reisen demokratisieren	7
6. Europa klimaneutral: Industrie sozial gerecht umbauen.	8

## Impressum

Die Linke Parteivorstand, 2024  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
E-Mail: [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Noch gut zwei Wochen bis zur Europawahl. Es geht um viel: In welchem Europa wollen wir leben? Gelingt es, der Gefahr von rechts die Vision eines sozialen und demokratischen Europas entgegenzustellen, in dem alle Menschen in Würde leben können? Eine echte gesellschaftliche Debatte darüber findet nicht statt.

Wo sind die großen Visionen für ein Europa als tatsächliches Projekt der Solidarität und des guten Lebens vor Ort, nicht als Zusammenschluss von Kapitalinteressen und Lobbyverein für Superreiche, Privatisierung und Konzerninteressen?

Von fast allen Parteien hören wir Warnungen vor einem Aufstieg der Rechten. Aber wo sind die Initiativen und Politikvorschläge, die den Rechten den Nährboden entziehen würden?

Es ist bekannt und belegt: Eine Politik, die die Alltagssorgen der Menschen ignoriert, stärkt die Rechten. Eine Politik, die das Leben immer teurer macht und soziale Gerechtigkeit vergisst, stärkt die Rechten. Eine Politik, die privatisiert und die öffentliche Daseinsvorsorge verkommen lässt, stärkt die Rechten. Eine Politik, die nicht dafür sorgt, dass die Beschäftigten angemessen entlohnt werden und alle am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können, stärkt die Rechten. Eine Politik, die Ansprüche auf ein sicheres Leben – und Überleben – von armen oder geflüchteten Menschen verletzt, stärkt die Rechten.

**Wer die Themen soziale Sicherheit, gerechte Löhne, gute Daseinsvorsorge, sozial gerechten Klimaschutz und praktische Solidarität nicht anfassen will, hat keine Antwort auf die Gefahr von rechts und keine Vision für eine Europäische Union der Zukunft.**

Die anderen Parteien reden über Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit, von nuklearer Abschreckung und gar Atombomben für die EU. „Sicherheit“ ist eine Chiffre für Aufrüstung: Für das Sondervermögen Bundeswehr wurden in kürzester Zeit 100 Milliarden Euro bereitgestellt. Wo ein Wille, da ist auch Geld. Im Bundeshaushalt sind in allen anderen Etats, außer Verteidigung, Kürzungen vorgesehen. Kein Sondervermögen gegen den Pflegenotstand, kein Notprogramm Bildung und Kitas, keine Initiative für gemeinnützigen Wohnungsbau. Das ist eine Form der Politikverweigerung gegenüber den brennenden Problemen im Alltag so vieler Menschen. Für sie bleibt nach Sondervermögen Bundeswehr und Erhöhung des Verteidigungsetats: nichts.

**Das Ergebnis? Bis unter die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz.** Kein Geld für höhere Rente, bessere Gesundheitsversorgung, mehr Pflegekräfte, ausreichend Kitas. Ohne Ausbau von ÖPNV und Bahn, wird die Verkehrswende nicht gelingen. Ohne Vorgaben für die Produktion, ohne ein wirkliches Umbauprogramm für die Wirtschaft, in dem die Beschäftigten und die Menschen in den Regionen im Mittelpunkt stehen und Sicherheit erhalten, wird es nicht gelingen, die Klimakatastrophe aufzuhalten.

**Die Linke will eine EU, die den Alltag der Menschen verbessert.**

Wir gehen aus von dem, was den Menschen auf den Nägeln brennt. Das wird unsere Politik und unser Handeln im Europäischen Parlament und im Bundestag anleiten.

Unsere Vision von Europa ist: Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Wir wollen, dass die Energie- und Lebensmittelpreise gedeckelt werden, dass die Krankenhäuser funktionieren, Mieter\*innen wieder bezahlbare Wohnungen finden und die Pfleger\*innen mehr Zeit für die Patient\*innen haben. Wir wollen, dass die Bahn fährt, wann sie fahren soll, und alle sich das Ticket leisten

können. Wir wollen alles tun, um die Klimakrise aufzuhalten und streiten dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt.

Die Linke steht in den Startlöchern, um die notwendigen Maßnahmen anzuschieben.

## **Das werden unsere ersten Initiativen im neuen Europäischen Parlament sein:**

### **1. Armut abschaffen – Mindeststeuer für Superreiche**

Der Europarat hat Deutschland gerügt, weil zu wenig gegen Armut, Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung getan wird. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zählt zu den konkreten sozialpolitischen Zielen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Doch jedes vierte Kind in der EU ist weiter von Armut bedroht. Wenn die EU so weitermacht, dauert es noch 229 Jahre, bis Armut abgeschafft ist. Gleichzeitig wachsen Reichtum und Ungleichheit. In zehn Jahren wäre der erste Europäer Billionär.

Die Abschaffung von Armut ist machbar: 135 Milliarden Euro wären nötig, um die Armut in der EU abzuschaffen. Die Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten sind mehr als doppelt so hoch. Auch mit einer europaweiten Vermögensteuer könnte man mehr als doppelt so viel einnehmen – pro Jahr. Die Kehrseite des Überreichtums für wenige Superreiche sind die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge: bei Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und bezahlbarem Wohnen.

#### **Die Linke wird im Europaparlament einen Prozess aufsetzen, um eine europaweite Mindestbesteuerung von Vermögen auf den Weg zu bringen.**

Die Linke wird eine Initiative für eine europaweite Besteuerung von hohem Vermögen einbringen. Vergleichbar der verbindlichen Richtlinie zum Mindestlohn, fordern wir eine **Richtlinie für eine Mindest-Vermögensteuer in allen Mitgliedstaaten**. Schätzungen von Oxfam zufolge könnten mit einer progressiven Steuer von bis zu fünf Prozent insgesamt 313,7 Milliarden US-Dollar (285,6 Milliarden Euro) pro Jahr in der Europäischen Union eingenommen werden. Allein in Deutschland wären das 93,6 Milliarden US-Dollar (85,2 Milliarden Euro) pro Jahr. 135 Milliarden Euro würde es kosten, die Armut in der EU abzuschaffen.

#### **Druck auf die Bundesregierung: Vermögensteuer wieder einführen.**

Die Vermögensteuer ist im Grundgesetz vorgesehen und könnte unkompliziert wieder erhoben werden. Die Berechnungsgrundlage für die gerechte Besteuerung von Immobilien – die der Grund war, warum die Steuer ausgesetzt war – liegt inzwischen vor. Die Einnahmen der Vermögensteuer stünden den Ländern zu. Sie könnten damit Kitaplätze schaffen und die Erzieher\*innen besser bezahlen. Sie könnten in sozialen Wohnungsbau investieren, Schulen besser ausstatten, Krankenhäuser sanieren und mehr Pflegekräfte einstellen. Die Schulklassen könnten verkleinert und die Turnhallen saniert werden.

## **2. Die Preis deckeln, Übergewinne wegbesteuern**

### **Die Linke wird einen Antrag zur Einführung einer Übergewinnsteuer in der EU einbringen: europaweit und auf Dauer.**

Die EU-Kommission hatte den EU-Mitgliedsstaaten eine bis zum Ende Juni 2022 befristete Besteuerung „übermäßiger Erlöse“ aus der Stromerzeugung erlaubt. Die Linke fordert eine EU-weite Übergewinnsteuer, um die Krisengewinne der Konzerne dauerhaft zu begrenzen. Die Preise sind in den Krisen der letzten Jahre explodiert und stagnieren auf hohem Niveau. Die Konzerne haben die Krise ausgenutzt, um die Preise zu erhöhen – wenn die Übergewinne wegbesteuert werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise zu erhöhen. Wir schlagen vor, Extragewinne mit 90 Prozent zu besteuern. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen Unternehmensgewinne der letzten zehn Jahre an: Alles, was darüber an Extragewinnen anfällt, wird abgeschöpft. Konkret heißt das: Die nächste Krise können die Supermarktkonzerne, die Energiekonzerne und die Banken nicht mehr ausnutzen – denn ihre Extraprofiten würden ihnen nichts bringen. Für die Verbraucher\*innen heißt das mehr Geld im Portemonnaie.

## **3. Gute Arbeit, die den Wohlstand der Vielen stärkt, nicht die Dividenden von Wenigen**

Allein im Zeitraum 2020 bis 2023 stiegen in Deutschland die Dividenden um 27 Prozent, die Reallöhne von Beschäftigten sanken hingegen um 12 Prozent (Quelle: Oxfam). Großkonzerne machen ihre Eigentümer\*innen und CEOs zu Milliardär\*innen. Leistungslose Gewinne durch die Ausbeutung der Beschäftigten, die mit zu niedrigen Löhnen abgespeist werden, die von der Inflation aufgeessen werden.

Was muss passieren, damit das geändert wird?

- 1.** Möglichst viele Beschäftigte müssen von Tarifverträgen geschützt sein.
- 2.** Die gesetzlich festgelegte Sicherung nach unten, die Mindestlöhne, müssen erhöht werden.

### **Die Linke will Reformvorschläge für die Veränderung der Vergaberichtlinie der EU einbringen, damit Tarifbindung endlich Pflicht wird.**

Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen können inzwischen eigene Kriterien für Vergabe anlegen. Wir wollen die Verpflichtung auf Tariftreue in die europäische Vergaberichtlinie einschreiben. Die Pflicht zur Tarifbindung soll für alle gelten, die Fördergelder der EU oder der Mitgliedstaaten erhalten.

**Druck auf die Bundesregierung:** Die EU--Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass die Tarifbindung in den Mitgliedstaaten nicht unter 80 Prozent liegen darf. In Deutschland ist es gerade mal die Hälfte. Die Bundesregierung hat bisher keine ernsthafte Initiative vorgelegt, wie sie zu einer Verdopplung der Tarifbindung kommen will. Wir fordern die Bundesregierung und Bundesarbeitsminister Heil auf, ein umfassendes Bundestariftreuegesetz vorzulegen sowie Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften als allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bundesregierung muss einen realistischen Zeitplan vorlegen, wie sie eine stärkere Tarifbindung erreichen will.

### **Druck auf die Bundesregierung: EU-Mindestlohnrichtlinie zügig umsetzen. Gesetzlichen Mindestlohn auf 15 Euro erhöhen!**

Die Mindestlohnrichtlinie der EU ist richtig, ab November 2024 muss sie umgesetzt werden. SPD und Grüne bekennen sich zur Mindestlohnrichtlinie, inzwischen haben sich die Grünen und auch SPD-Kanzler Scholz unserer Forderung nach 15 Euro gesetzlichem Mindestlohn in Deutschland angeschlossen. Bislang fehlen aber Initiativen für eine Umsetzung. Das ist Politikverweigerung und Täuschung der Wähler\*innen. Wir fordern: Ein neuer Mechanismus muss für die Bestimmung des Mindestlohns aufgesetzt werden. Die bisherige Mindestlohnkommission in Deutschland ist offensichtlich nicht willens oder in der Lage, den Mindestlohn an der europäischen Richtlinie auszurichten. **Wir werden beantragen, dass der Mindestlohn zwingend nicht unter dem in der EU-Richtlinie vorgeschriebenen statistischen Wert liegen darf. Verhandlungen können nur darum geführt werden, wie weit er nach oben abweicht. Die Untergrenze des Mindestlohns muss jährlich überprüft und automatisch angepasst werden.** Vielleicht hat Olaf Scholz vergessen, dass er Bundeskanzler ist. Schon jetzt könnte er (oder die Grünen Minister\*innen) einen entsprechenden Vorschlag ins Kabinett einbringen.

#### **4. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken – Privatisierung ist Diebstahl**

Gute öffentliche Daseinsvorsorge ist entscheidend für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Bildung, Mobilität, Energie, Pflege, Gesundheit, Wohnen, Wasser – die Versorgung der Menschen mit elementaren Gütern und Dienstleistungen sind entscheidend dafür, dass der Alltag funktioniert.

**Die Linke will Mindestanforderungen in der EU für die Qualität der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf den Weg bringen. Statt Privatisierungsdruck wollen wir Mindest-Investitionsraten für Bildung, Gesundheit, ÖPNV und Pflege. Dafür werden wir eine entsprechende EU-Richtlinie vorschlagen.**

#### **Mehr als ein Papiertiger: Das Recht auf Wohnen**

Das Europäische Parlament hat mit Unterstützung Der Linken eine Resolution verabschiedet, dass jede\*r das Recht auf bezahlbares Wohnen hat.

**Die Linke wird eine Initiative aufsetzen, dass dieses Recht auf Wohnen einen verbindlichen Rechtsrahmen erhält.**

Um das Recht auf Wohnen durchzusetzen, braucht es öffentliche Kontrolle über den Wohnungssektor. Es darf nicht den Interessen von Immobilienkonzernen oder dem Wildwuchs von Airbnb überlassen werden. Wir kämpfen gemeinsam mit der europäischen Mieter\*innen-Bewegungen für Mietobergrenzen und konsequenten Mieter\*innenschutz, für die europäische Finanzierung von gemeinnützigem Wohnungsbau und gegen Obdachlosigkeit. **Wir wollen einen Mindestanteil am Wohnungsmarkt der jeweiligen Mitgliedstaaten in der öffentlichen Hand und zur gemeinnützigen Bewirtschaftung festlegen.** Die Stadt Wien hat in jahrzehntelanger Erfahrung gezeigt: Das ist ein Mittel, die Mieten niedrig zu halten.

**Druck auf die Bundesregierung:** Die Wahlversprechen der Regierung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und 100 000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen, sind alle gebrochen worden. Es braucht einen Notfallplan für bezahlbares Wohnen. Die Mieten müssen bundesweit auf dem heutigen Stand eingefroren werden. Die Mieten müssen

an viele Orten gesenkt werden. Das geht, wenn auf Bundesebene die Voraussetzungen für verbindliche Mietendeckel geschaffen werden.

## **Keine Profite auf Kosten von Gesundheit und Pflege**

Mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen werden Gewinne erzielt, an den Börsen spekuliert und Dividenden ausgeschüttet. Versicherungsgelder gehen so in private Taschen von Investoren – während die Versorgung leidet und die Arbeitsbedingungen vielerorts unerträglich sind.

### **Die Linke fordert eine Richtlinie für Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung überall in der EU**

**Druck auf die Bundesregierung:** Die Krankenhausreform wird die Versorgung mit Krankenhäusern nicht verbessern. Die Fehlanreize des Fallpauschalen-Systems bleiben erhalten: Weiter werden „lukrative“ Eingriffe wie Knie-OPs zu oft vorgenommen, während die „teuren“ Geburts- und Sterbestationen abgewickelt werden. Zwar wurde eine Personalbemessung eingeführt, diese ist aber so gering angesetzt, dass sich an der Situation in der Pflege kaum etwas bessert. Die Bundesregierung muss liefern: Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen auf den Versorgungszweck verpflichtet werden und dürfen **keine Gewinne erwirtschaften**. Die Finanzierung kann auf sichere Füße gestellt werden, wenn **alle mit Beiträgen auf ihrem Einkommen in die gesetzlichen Gesundheitsversicherung einzahlen, auch Beamte, Politiker\*innen und Selbstständige**.

## **Wir wollen den Alltag in den Kommunen verbessern – für alle**

Viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden von den Kommunen getragen. Sie unterliegen dem Zwang, viele Dienstleistungen europaweit auszuschreiben. Europäische Fördermittel sind an Ko-Finanzierung der Kommunen gebunden – die oft fehlt, weil die Kommunen zu wenig Steuern von Unternehmen und Reichen einnehmen und vom Bund zu wenig bei den Kosten der Sozialleistungen unterstützt werden. Das Ergebnis: Das billigste Angebot kommt zum Zug – meistens auf Kosten von Qualität und Arbeitsbedingungen – oder die Leistungen werden privatisiert oder ganz eingestellt.

### **Die Linke wird einen Antrag einbringen, einen EU-Fonds für die (Re-)Kommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen.**

Er soll die Kommunen finanziell unterstützen, privatisierte Betriebe in öffentliche Trägerschaft zurückzuführen, seien es Wohnungsbestände, Krankenhäuser, Energie- und Wärmeversorgung, Wasserversorgung, der öffentliche Nahverkehr oder die Abfallwirtschaft. Dieser Kommunalisierungsfonds kann (auch) aus Mitteln der 806,9 Milliarden aus dem NextGenerationEU-Topf für eine sozial und ökologisch gerechte EU finanziert werden.

**Die Linke will die Wettbewerbs- und Beihilferegeln in Artikel 101 und 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) so verändern,** dass die Kommunen nicht an wirtschaftlicher Eigenaktivität gehindert werden. Wir wollen ein **Privatisierungsverbot in der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Die Europäische Bürgerinitiative Right2Water hat den Zwang zur Privatisierung der Wasserversorgung aus den Verträgen streichen lassen. Wir wollen einen Schritt weiter gehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge ohne Zwang zu Profitmaximierung soll nicht die Ausnah-



me, sondern die Regel sein. Kommunen als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen in ihrer Funktion der gemeinnützigen Bereitstellung von Gütern nicht behindert werden. Die Verträge und Richtlinien der EU, vor allem im Vergabe- und Beihilferecht müssen entsprechend geändert werden.

### **Die Linke will eine Überarbeitung der Schuldenregeln im Stabilitäts- und Wachstumspakt voranbringen und den Fiskalpakt abschaffen.**

Investitionen, die einen nachhaltigen Mehrwert heute und in Zukunft für die Gesellschaft haben, sollen möglich sein und nicht durch Defizitregeln verhindert werden. Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und sozialen Wohnungsbau sind Zukunftsinvestitionen und bilden das Fundament für zukünftige Generationen. Starre Schuldenregeln verhindern dringend benötigte Investitionen. Öffentlicher Wohnungsbau und Ausbau Nahverkehr sind gleichzeitig auch mächtige Konjunkturprogramme, ebenso Schulsanierungen.

**Druck auf die Bundesregierung:** Die Kommunen in Deutschland sind unterfinanziert – deshalb sind die meisten überschuldet. Deutschlandweit haben die Kommunen 313,9 Milliarden Euro Schulden – davon ist ein großer Teil Altschulden. Die Kommunen warten immer noch auf die Schulden-Entlastung, die im Koalitionsvertrag versprochen war. Mit der von uns vorgeschlagenen Vermögensteuer würde die Finanzierung der Bundesländer und damit die Ausstattung der Kommunen langfristig bessergestellt werden.

## **5. Alternativen zur fossilen Mobilität und das Reisen demokratisieren**

Europaweit muss der Bahnausbau vorangetrieben werden, nicht nur zwischen Metropolen. Viele Orte müssen überhaupt (wieder) ans Bahnnetz angeschlossen werden.

### **Die Linke wird die EU-Kommission auffordern, einen institutionellen Rahmen und Förderung für einen europaweiten Bahnausbau und eine bessere Vernetzung zu entwickeln (United Railways of Europe).**

Wir wollen die „United Railways of Europe“: Ein Dach für die europäischen Bahn-Gesellschaften, der die nationalen Bahnunternehmen vernetzt und den Schienenausbau koordiniert, gemeinwohlorientiert organisiert. Mit koordinierten Fahrplänen, und mehr Verbindungen quer durch Europa. In zehn Jahren (nicht erst wie bisher geplant 2070) sollen alle europäischen Großstädte im Stundentakt angefahren werden (Europakt). Die United Railways of Europe könnten eine andere Bahnpolitik einleiten: Für Kooperation und angepasst an die Bedürfnisse von Fahrgästen und Beschäftigten, statt ausgerichtet auf Profit und Wettbewerb.

**Druck auf die Bundesregierung:** Dass die DB heute eine profitorientierte Aktiengesellschaft ist, hat dazu geführt, dass sie die Nachtzüge aufgegeben, Strecken stillgelegt und Personal abgebaut hat. Wir wollen, dass die Bahn für alle funktioniert: **Die DB ist in Staatsbesitz – und könnte morgen eine Bahn für alle sein.** Statt den Flugverkehr zu subventionieren, wollen wir Bahntickets mit öffentlichen Subventionen verbilligen: Kostenfrei im Nahverkehr und bezahlbar für Reisen quer durch Deutschland und ins Ausland.

## 6. Europa klimaneutral: Industrie sozial gerecht umbauen.

Die EU-Kommission und auch die Bundesregierung versagen beim Klimaschutz und Industrie-Umbau. Die Investitionsprogramme der EU sind vor allem darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne zu verbessern und ihre Gewinne zu maximieren. Klimaschutz soll durch höhere CO<sub>2</sub>-Preise geregelt und damit dem Markt überlassen werden: Das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung wird teurer und es entstehen große Gefahren für Industriestandorte und Beschäftigte. Die Zustimmung zum Klimaschutz nimmt dadurch ab.

Die ökologische Krise aus Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenknappheit kann nur bewältigt werden, wenn wir die Wirtschaft in Europa sozial und ökologisch gerecht umbauen. Gemeinsam mit der Klimabewegung **wollen wir die EU bis 2040 klimaneutral machen**. Dafür brauchen wir eine sozialökologische Agrar-, Energie-, Verkehrs- und Rohstoffwende.

**Die Linke streitet dafür, dass der Umbau der Wirtschaft sozial gerecht geschieht:** damit die reichen Hauptverursacher der Krise ihren gerechten Anteil zahlen. Wer zu den reichsten 1 Prozent in Europa gehört, verbraucht 14-mal mehr CO<sub>2</sub> als Menschen in der ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Noch nie sind so viele Privatjets gestartet wie im Jahr 2022. Oft für kürzeste Strecken, aber mit maximaler Belastung für das Klima. Hier helfen keine CO<sub>2</sub>-Preise, es müssen klare Grenzen gesetzt werden: Privatjets und Megajachten in der EU verbieten!

Der klimagerechte Umbau der Wirtschaft kann nur mit staatlichen Interventionen und Investitionen gelingen. Die staatlichen Mittel wollen wir an Tarifbindung, gute Arbeit und ökologisch sinnvolle Investitionen koppeln. Über Transformationsräte werden Beschäftigte und ihre Gewerkschaften in Investitionsentscheidungen gleichberechtigt einbezogen. Die Transformationsräte entscheiden darüber, was und wie produziert wird.

**Die Linke wird sich im Europaparlament dafür einsetzen, den Just Transition Fund massiv auszuweiten und zu einem echten Europäischen Transformationsfonds weiterzuentwickeln, der den klimagerechten Umbau der Industrie beschleunigt und zukunftsfähige Arbeitsplätze sichert.** Alle Regionen, die von der Transformation betroffen sind, sollen unterstützt werden. Das gilt insbesondere für Regionen, die vom notwendigen Umbau der Autoindustrie betroffen sind.

**Druck auf die Bundesregierung:** Trotz eines Grünen Wirtschaftsministers kommt die Energiewende nicht in Fahrt. Schlimmer: Die Regierung hat die Sektorziele im Klimaschutzgesetz abgeschafft und damit dem Autominister Wissing einen Freibrief erteilt die Verkehrswende weiter vor die Wand zu fahren. Wir fordern die Bundesregierung auf, einen realistischen Plan vorzulegen, wie sie die Klimaziele in den Sektoren erreichen will. Die Autokonzerne bauen immer größere Autos und machen mit SUVs Milliardenprofite. Die meisten Autos sind übermotorisiert und unnötig groß: Eine riesige Ressourcenverschwendung. Wir wollen **Busse und Straßenbahnen statt schwere, teure E-SUVs**. Dafür braucht es klare Vorgaben für die Konzerne: Neuwagen über 2 Tonnen dürfen nicht mehr produziert und zugelassen werden, mit klar definierten Ausnahmen (Transporter und andere besondere Bedarfe, Camper etc.). Der **öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut und kostenfrei gemacht werden**. Dafür muss die Bundesregierung eine **Finanzierung im Haushalt vorsehen**.